

## Wahlprogramme in Auszügen – Alles zu Banken und Finanzmärkten

### SPÖ:

Die SPÖ streicht in ihrem Wahlprogramm die negativen Folgen der Zunahme von Finanzkapital heraus, etwa die Erhöhung des Wettbewerbsdrucks auf Unternehmen und Arbeitnehmer\*innen. Konkret fordert die SPÖ eine stärkere Mobilisierung von so genanntem Risikokapital für die Realwirtschaft und spricht sich gegen eine Ausweitung kapitalmarktfinanzierter Pensionsversicherungen aus. Auf europäischer Ebene wird eine Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion gefordert, auf eine Weiterentwicklung der Bankenunion oder strengere Eigenkapitalanforderungen wird im Programm nicht eingegangen.

### Auszüge aus dem Wahlprogramm der SPÖ für die Nationalratswahl 2017 im Wortlaut:

- **Globalisierungskritik**  
„Die Globalisierung und Liberalisierung der Weltwirtschaft hat die Erwartung schneller Renditen an den Finanzmärkten beflügelt und den Wettbewerbsdruck auf Unternehmen stark erhöht. Das bekommen auch die ArbeitnehmerInnen zu spüren. Vor allem seit den 1980er Jahren hat die Zahl an »atypischen Arbeitsverhältnissen« rasant zugenommen: Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Arbeitskräfteüberlassung (Leiharbeit) sind mittlerweile weit verbreitet.“ (S. 36)
- **Risikokapital in die Realwirtschaft**  
„Das veranlagte Kapital von Versicherungen, Stiftungen etc. soll in höherem Maß als bisher produktiv eingesetzt werden. Unser Ziel: 1 % der von den institutionellen Investoren veranlagten Mittel soll im Rahmen einer Risikokapitalinitiative in KMUs und Startups fließen. Laut Finanzmarktaufsicht und Verband der Privatstiftungen sind das in Summe knapp 400 Milliarden Euro, 1 % davon wären also bis zu 4 Milliarden Euro. Wenn wir dieses Potential ausschöpfen, stoßen wir schlagartig von den hinteren Plätzen an die Spitze Europas vor. Und davon haben alle was. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, sind unterschiedliche Maßnahmen denkbar, z. B. eine Überarbeitung der Veranlagungsrichtlinien, ein Ausbau der bestehenden (steuerlichen) Instrumente (Risikokapitalprämie, Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft) bis hin zu Garantien.“ (S. 60f)
- **Staatliches Pensionssystem stärken**  
„Während andere europäische Staaten wie Deutschland, Dänemark oder Polen ihr Pensionssystem zurückgebaut oder privatisiert haben und in Folge Pensionskürzungen vornehmen mussten, hat Österreich sein öffentliches Pensionssystem stetig weiterentwickelt. Kapitalmarktprodukte und private Vorsorge sind daher nur Ergänzungen.“ (S. 122)
- **Wohlstandsunion EU**  
„Daher wird sich Österreich im Rahmen der Debatte um die Zukunft Europas für die rasche Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion einsetzen und sie zu einer Wohlstandsunion machen. Gemeinsam mit unseren Partnern in der Eurozone müssen wir die bestehenden Regeln vervollständigen, um soziale Aspekte erweitern und für eine effektive Kontrolle sorgen.“ (S. 185)

- **Europa der Menschen**  
„Gestalten wir unsere Europäische Union so, wie wir sie in unser aller Interesse möchten. Damit sie wirklich wieder »unsere« Europäische Union wird – die der Menschen, nicht der Konzerne und Banken.“ (S. 188)

### Liste Sebastian Kurz:

Die Liste Kurz plädiert in ihrem Wahlprogramm für eine Erleichterung des Zugangs von Unternehmen zu Kapitalmärkten und eine Aufwertung der Wiener Börse. Sie beklagt den Verlust an nationalstaatlichen Entscheidungskompetenzen im Bereich der Geldpolitik, bleibt hierbei jedoch konkrete Alternativvorschläge schuldig. Lediglich eine Beendigung der Nullzins-Politik und der Anleihekäufe seitens der Europäischen Zentralbank wird an mehreren Stellen im Wahlprogramm gefordert und mit der Forderung nach Erhalt des Bargelds in Verbindung gebracht. Im Sinne der Bekämpfung von Steuervermeidung verspricht die Liste Kurz, sich für eine Änderung des europäischen Umsatzsteuersystems einzusetzen.

### Auszüge aus dem Wahlprogramm der Liste Sebastian Kurz – die Neue ÖVP für die Nationalratswahl 2017 im Wortlaut:

- **Zugang zur Börse für Unternehmen**  
“Der Kapitalmarkt in Österreich ist stark von Banken geprägt. Die Marktkapitalisierung der Unternehmen an der Wiener Börse ist rückläufig und international hat der Finanzplatz Wien nur mehr eine geringe Bedeutung. Um diesem Trend entgegenzuwirken, braucht es leichtere Zugänge für KMUs zur Börse und den Abbau von Bürokratie. Die Rahmenbedingungen für Risikokapital sollen verbessert werden. Der österreichische Kapitalmarkt ist im internationalen Vergleich stark von Bankkrediten geprägt. Die Bilanzsumme von Unternehmen in Österreich ist mit weniger als 45% an Eigenkapital ausgestattet. In anderen Ländern liegt diese Quote bei über 50%, in Schweden beispielsweise bei fast 70%. Die Marktkapitalisierung der Wiener Börse liegt bei nur 24% des österreichischen BIPs. Im Vergleich dazu liegt Frankfurt bei 49% oder London bei 139%. Österreichs Haushalte veranlagen insgesamt 618 Milliarden Euro und nur 4% davon sind in Aktien – 41% dafür auf Girokonten oder in Sparbüchern – angelegt. Der Kapitalmarkt in Österreich, vor allem was die Börse betrifft, ist leider auf einem Tiefpunkt angelangt. Die Wiener Börse wurde 1771 als eine der ersten Börsen der Welt gegründet. Während sie 1900 einen Weltmarktanteil von 5,2% hatte, ist der Anteil heute so gering, dass Österreich in entsprechenden Studien gar nicht mehr ausgewiesen ist. Die gesamte Marktkapitalisierung der Wiener Börse ist zirka halb so groß wie die der größten schweizerischen Unternehmen wie Roche oder Nestlé. Alleine in den letzten 10 Jahren ist die Wiener Börse um 40% geschrumpft. Das spiegelt sich auch im ATX wider, der noch immer weit davon entfernt ist, das Vorkrisen-Niveau von 5.000 Punkten zu erreichen, auch wenn er in den letzten Monaten wieder eine gute Entwicklung durchgemacht hat.” (Seite 32)
- **EZB – gegen Nullzins Politik**

„Die Europäische Währungsunion hat viel Stabilität in die europäische Geldpolitik gebracht – in der Vergangenheit haben Staaten ihre Währungspolitik immer wieder missbraucht. Wir haben mit der Übertragung der Souveränität an die Europäische Zentralbank aber auch viel Mitspracherecht verloren. Deswegen müssen wir uns verstärkt für eine Abwendung der schrankenlosen Nullzins-Politik der vergangenen Jahre einsetzen. Außerdem bekennen wir uns zum Bargeld und wollen eine Abschaffung mit allen Mitteln verhindern – auch wenn wir natürlich den Einsatz von moderner Technologie im Zahlungsverkehr befürworten. | Seit Österreich Teil des Euroraumes ist, haben wir die Einflussmöglichkeiten auf die Geldpolitik zu einem großen Teil an die Europäische Zentralbank abgegeben. Das hat Vor- und Nachteile. In der Geschichte des Nationalbankwesens, das im 19. Jahrhundert in vielen Staaten aufgekommen ist, haben sich Staaten die Geldpolitik immer wieder zunutze gemacht, um ihre Wirtschaftspolitik zu beeinflussen oder ihren Staatshaushalt auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger zu sanieren. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis Mitte der 1970er Jahre hatte sich die internationale Staatengemeinschaft auf ein weltweites Finanzsystem geeinigt, das unter der Bezeichnung „Bretton Woods“ bekannt ist. Zentral für dieses System war, dass der amerikanische Dollar als internationale Leitwährung an den Wert des Goldes gebunden war. Alle Währungen, die Teil des Systems waren, hatten einen fixen Wechselkurs mit dem Dollar definiert. Verschiedene innerpolitische Schwierigkeiten Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre haben das System ins Wanken gebracht: Bis Anfang der 80er Jahre hat sich daher in allen Industriestaaten ein System der freien Wechselkurse etabliert. Es war das System, das auch in Europa vorherrschend war – bis zum 1. Jänner 1999.“ (Seite 38-39)

- **Gegen Bargeld-Abschaffung**

„Die schrankenlose Nullzins-Politik der Europäischen Zentralbank muss beendet werden und wir bekennen uns zum Bargeld. Vom Schilling zum Euro. 38 Mit der Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurden auch die freien Wechselkurse im Euroraum abgeschafft. Man kann sich noch erinnern an den Umrechnungskurs von 13,76 Schilling, die einem Euro entsprechen haben. Mit diesem Schritt haben wir die Souveränität über unsere Geldpolitik an die Europäische Zentralbank übertragen. Das Hauptziel der EZB ist die Preisstabilität. Diese Zielsetzung kommt daher, dass es in der Vergangenheit durch falsche Geldpolitik immer wieder zu einer starken Geldentwertung kam, die bis zur Hyperinflation ging. Auch wenn die geldpolitische Stabilität im gesamten europäischen Raum grundsätzlich zu begrüßen ist, haben wir dennoch viel an Mitsprachemöglichkeiten verloren.“ (Seite 38-39)

- **Gegen Quantitative Easing der EZB**

„Die schrankenlose Nullzinspolitik und das aktive Ankaufen von Anleihen, auch bekannt unter dem Terminus „Quantitative Easing“, ist eine Politik, die maximal eine Berechtigung als kurzzeitiges Kriseninstrument hat, aber sicher keine nachhaltige, langfristige Geldpolitik sein kann. Vor allem dann, wenn die Anleihen, die gekauft werden, hauptsächlich von jenen Staaten stammen, die zuvor eine kurzfristige Politik gemacht haben. Wir sprechen uns daher klar dafür aus, dass sich die EZB ehestbaldig von der Geldpolitik der vergangenen Jahre abwendet. Mit der Aufgabe

der Hoheit über die Geldpolitik sind wir aber auch von anderen Diskussionen und Initiativen betroffen. So wird beispielsweise immer wieder diskutiert, Bargeld abzuschaffen und nur mehr elektronische Zahlungsformen zuzulassen. Damit würde der Staat bessere Einblicke in die Aktivitäten seiner Bürgerinnen und Bürger bekommen. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir bekennen uns ganz klar zu Bargeld und werden alles gegen die Abschaffung von Bargeld unternehmen. Parallel dazu müssen wir selbstverständlich den Kampf gegen Geldwäsche und Steuervermeidung weiterführen und intensivieren. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir grundsätzlich gegen die elektronische Form von Bezahlung sind. Ganz im Gegenteil glauben wir, dass mit den modernen Technologien das Leben der Menschen verbessert werden kann. Das bargeldlose Bezahlen im Supermarkt wird immer effizienter und der Onlinehandel wäre ohne elektronische Zahlungsformen gar nicht vorstellbar.“ (Seite 38-39)

- **Steuerflucht vermeiden**

„Auch wenn wir Steuern senken wollen, sprechen wir uns ganz klar gegen jede Art von Steuervermeidung oder Steuerbetrug aus. Vor allem das Umsatzsteuersystem in der Europäischen Union bietet hier sehr viele Möglichkeiten für Betrüger. Wir müssen eine Systemänderung herbeiführen, indem wir das Mehrwertsteuersystem zwischen Unternehmen abschaffen. Dadurch kommt es zu Vereinfachungen und weniger Betrugsmöglichkeiten. In dieser Frage unterliegen wir allerdings EU-Recht. Sollte eine Abschaffung nicht möglich sein, sollten wir uns zumindest für ein Reverse-Charge-System einsetzen. Um internationalen Steuerverschiebungen vor allem im Online-Bereich einen Riegel vorzuschieben, sollten wir außerdem eine digitale Betriebsstätte in unser Steuerrecht aufnehmen.“ (Seite 41)

#### **FPÖ:**

Im Wahlprogramm der FPÖ finden sich abgesehen von einer kritischen Erwähnung internationaler Finanzakteur\*innen („Finanzjongleure“) zu Fragen von Finanzsystem und Geldpolitik keine inhaltlichen Analysen oder Vorschläge. Die FPÖ fordert eine Stärkung des Finanzplatzes Österreich, wobei dieses Thema im Zusammenhang mit Sicherheitspolitik gesehen wird.

#### **Auszüge aus dem Wahlprogramm der FPÖ für die Nationalratswahl 2017 im Wortlaut:**

- „In einer Zeit der Identitätsvernichtung und der Entfremdung der Völker von ihren Wurzeln im Interesse globaler Großkonzerne und weltweit tätiger Finanzjongleure gilt dem ideellen Engagement für die Bewahrung der eigenen Kultur und Sprache besondere Achtung.“ (S. 8)
- „Sicherheit ist Voraussetzung für Lebensqualität, einen erfolgreichen Finanzplatz sowie den Wirtschafts- und Forschungsstandort Österreich.“ (S. 12)

#### **Grüne:**

Die Grünen stellen zwar fest, dass entfesselte Finanzmärkte zu Instabilität und enormem Ungleichgewichten in Wirtschaft und Gesellschaft führten. Konkrete Vorschläge werden jedoch nur für Teilbereiche formuliert. Als einzige der untersuchten Parteien widmen sich

die Grünen der Rolle von Banken und Finanzmarktakteur\*innen im Klimaschutz. Sie fordern die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gegen Spekulationsgeschäfte auf europäischer Ebene und eine Unterstützung gemeinwohlorientierter Initiativen, Gemeinden und Betriebe innerhalb Österreichs.

**Auszüge aus dem Wahlprogramm der Grünen für die Nationalratswahl 2017 im Wortlaut:**

- **Finanzmärkte zügeln**  
Österreich gerechter machen – faire Rahmenbedingungen schaffen: „Entfesselte Finanzmärkte haben – entkoppelt von der Realwirtschaft – zu Instabilität und enormen Ungleichgewichten in Wirtschaft und Gesellschaft geführt. Trotz der Finanzkrise 2007/2008 wurde eine echte Systemkorrektur, abgesehen von kleinen Reparaturmaßnahmen, noch nicht in Angriff genommen. Ganz im Gegenteil: Die enormen Bankenrettungspakete aus Steuermitteln haben zu radikalen, undifferenzierten Sparprogrammen in ganz Europa geführt, die die Krise verstärken; eine Losung für stark verschuldete Staaten wie Griechenland wird verschleppt.“ (S. 16)
- **Finanztransaktionssteuer**  
Zukunftsprojekte: „Weiterer Einsatz für eine Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene, damit Finanzspekulation zurückgedrängt und Einnahmen lukriert werden. Im Hochgeschwindigkeitshandel wurde das als Bremse gegen die schnelle Zockerei wirken.“ (S. 18)
- **Finanzinvestor\*innen und Klimaschutz:** „Die Verantwortung für die Klimafrage betrifft viele Sektoren. Die Umsetzung des Pariser Klimavertrags geht mit einem tiefgreifenden Strukturwandel nicht nur der Energieversorgung einher. Auch die Art, wie wir konsumieren und unser Lebensstil spielen dabei eine Rolle. So gerat derzeit z.B. die Rolle der Finanzmärkte bei der Finanzierung klimaschädlicher Projekte international in den Fokus. Immer mehr internationale Investoren und Finanzmarktakteure rücken von Veranlagungen im Bereich Kohle, Erdöl und Erdgas ab, bewerten Risiken von klimarelevanten Investitionen neu und diskutieren Offenlegungspflichten, die AnlegerInnen mehr Transparenz ermöglichen sollen. In Österreich besteht hier Handlungsbedarf.“ (S. 25) Keine Profite auf Kosten des Klimas: „Zu viel Geld fließt durch den Kapitalmarkt in kontraproduktive, klimazerstörende Investitionen. In Österreich und Europa braucht es dafür mehr Transparenz und Rechenschaft für Investmentfonds, Banken und Versicherungen, Pensionskassen bzw. die öffentliche Hand. Auch die Strategie bei staatlichen Beteiligungen wie der OMV ist zu prüfen.“ (S. 27)
- **Gemeinwohlökonomie:** „Unterstützung von Initiativen, Gemeinden und Betrieben, die sich dem solidarischen Wirtschaften und der gemeinwohlökonomischen Bilanzierung verschreiben.“ (S. 57)

## Neos – Das Neue Österreich gemeinsam mit Irmgard Griss:

Die NEOS nehmen in ihrem Programm im Vergleich zu den anderen Parteien ausführlich zu Fragen des Finanzsektors Stellung. Konkret fordern sie unter anderem:

- eine Rückbesinnung des Finanzsektors auf seine Funktion eines Dienstleisters für die Wirtschaft,
- eine adäquate Regulierung im Bankenbereich und europaweit einheitliche Bankenaufsicht und Einlagensicherung,
- verstärkte Bemühungen zur Bekämpfung von Steuerflucht,
- die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer für bestimmte Finanzprodukte mit Ausnahme von Wertpapierkäufen und -verkäufen

### Auszüge aus dem Wahlprogramm der NEOS für die Nationalratswahl 2017 im Wortlaut:

- **Finanzsektor zügeln**  
„Aufräumen im Finanzsektor: Der Finanzsektor soll wieder auf seine Funktion als wichtiger Dienstleister der Wirtschaft zurückgeführt, die Geschäftsmodelle der Banken im Wesentlichen auf das Einlagen- und Ausleihungsgeschäft reduziert werden. Eigene Handelsgeschäfte sollen stark eingeschränkt bzw. ausgelagert werden, im Falle von Schieflagen sollen Steuerzahler\_innen nicht belangt werden. Aktiv an der Einführung eines europaweit akkordierten Bankeninsolvenzrechts mitwirken. Aktiv an der besseren Abstimmung und Vereinfachung der Bankenregulierung mitwirken (einfachere, nachvollziehbare Regeln statt immer komplizierterer Modelle) Österreich spielt in den internationalen Bemühungen zur Bekämpfung der Steuerflucht eine aktive Rolle. Österreich engagiert sich in der EU für eine grundlegende Diskussion der IFRS (International Financial Reporting Standards), die sich in der Finanzkrise nicht bewährt haben, mit dem Ziel, den Aufbau stiller Reserven und langfristige Planung wieder zu ermöglichen. (S. 53)
- **„Finanztransaktionssteuer**  
Zustimmung zur Einführung einer europaweit akkordierten geringfügigen Finanztransaktionssteuer auf bestimmte Produkte wie Derivate, Devisen, Hochfrequenzhandel und außerbörsliche Transaktionen, nicht jedoch für börsliche Käufe und Verkäufe von Wertpapieren Internationale Bemühungen zur Einschränkung der Spekulation mit Lebensmitteln und Agrarpreisen unterstützen.“ (S. 53f)
- **„Bankenunion.** Aufgrund der bedeutenden Rolle, die Banken bei der Schaffung von Geld spielen, besteht ein öffentliches Interesse, Stürme auf Banken zu verhindern und deren adäquate Regulierung sicherzustellen. In einer Währungsunion bedarf es einer einheitlichen Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Sicherheit von Bankeinlagen. Dies erfordert für die Eurozone eine breite und gleichermaßen glaubwürdige gemeinsame Einlagensicherung sowie eine einheitliche Bankenaufsicht, die auch die Kompetenz zur Rekapitalisierung schwacher und zur Abwicklung insolventer Banken besitzt.“ (S. 87)
- **Experten zu Gericht**  
Einrichtung von „Expert\_innenpools“ im Sprengel der Oberlandesgerichte, die mit Sachverständigen, insbesondere im Bereich des Bankenrechts und der Bilanzierung, besetzt werden sollen.